

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Kollateralschäden bei US-Drohnenangriff: zwei westliche Geiseln getötet

Ende April 2015 wurde über Medienberichte bekannt, dass schon im Januar 2015 bei einem US-Drohnenangriff im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet ein US-Bürger sowie ein Italiener getötet wurden. Beide Entwicklungshelfer waren laut Presseberichten seit 2011 beziehungsweise 2012 von al-Qaida als Geisel gehalten worden, der getötete Italiener war für die Welthungerhilfe im Pandschab im Einsatz. Präsident Barack Obama übernahm die Verantwortung für diese Todesfälle und sprach den Familien sein Beileid aus. Bei der Planung des Drohnenangriffs seien dem Geheimdienst Fehler unterlaufen und man habe nicht gewusst, dass sich die beiden im Zielgebäude aufgehalten hätten. Bei diesem Drohnenangriff auf einen al-Qaida-Stützpunkt im Januar sei neben den westlichen Geiseln auch der hochrangige al-Qaida-Anführer Ahmed Farouq getötet worden. Farouq sowie ein weiterer, bei US-Drohnenangriffen getöteter al-Qaida-Anführer waren US-Bürger. Nach Medienberichten ist dies der erste US-Drohnenangriff, bei dem ein US-Zivilist zu Tode kam. Laut dem Blog *The Long War Journal* wurden in Pakistan bislang neben 2755 getöteten Terroristen insgesamt 156 Zivilisten durch US-Drohneinsätze getötet. Allerdings lassen sich diese Zahlen nicht verifizieren – offizielle Informationen gibt es nicht (SÜDASIEN berichtete). In den letzten Jahren wurden die Drohnenangriffe deutlich reduziert, von 117 Angriffen im Jahr 2010 auf 24 2014 und bislang fünf im Jahr 2015.

Diplomaten sterben bei Helikopterabsturz in Nordwestpakistan

Bei einem Flug ins Naltar-Tal in Gilgit Baltistan wurde Anfang Mai 2015 ein mit ausländischen Diplomaten besetzter Armeehelikopter mit einer Luftabwehrrakete beschossen. Beim Absturz kamen mindestens sechs Menschen zu Tode, darunter die Botschafter Norwegens und der Philippinen sowie die Ehefrauen der malaysischen und des indonesischen Botschafters. Außerdem starben die beiden Piloten. Die Botschafter Polens und der Niederlande wurden verletzt. Die Delegation aus Diplomaten und Journalisten hielt sich für eine dreitägige Projektreise im Norden des Landes auf und war mit insgesamt drei Helikoptern auf dem Weg zu einer Zeremonie, zu der Premierminister Nawaz Sharif anlässlich der Eröffnung eines Skigebietes im

Karakorumgebirge eingeladen hatte. Der Hubschrauber Sharifs sei umgekehrt und wieder wohlbehalten in Islamabad gelandet. Der beschossene Helikopter sei brennend auf ein Schulgebäude gestürzt, was aber vermutlich wegen des offiziellen Besuchs geschlossen war. Nach Agenturmeldungen haben sich die pakistanischen Taliban (TTP) per E-Mail zu diesem Anschlag bekannt, der eigentlich Premier Sharif gegohten habe. Armeesprecher widersprachen dem, da diese Region nicht als Hochburg der Taliban gilt und von der Armee kontrolliert werde. Vielmehr sei technisches Versagen die Absturzursache.

Unklarheiten über Verurteilungen der mutmaßlichen Malala-Attentäter

Nach Pressemeldungen im April 2015 sind zehn mutmaßliche Attentäter, die die 2014 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Malala Yousufzai im Oktober 2012 angeschossen und lebensgefährlich verletzt hatten (SÜDASIEN berichtete), zu lebenslanger Haft verurteilt worden. In jüngsten Medienberichten von Anfang Juni 2015 heißt es jedoch unter Bezug auf Polizeisprecher im Distrikt Swat, dass acht der zehn Angeklagten in einem geheimen Anti-Terror-Gerichtsverfahren aus Mangel an Beweisen schon im April freigelassen wurden. Die beiden Haupttäter wurden verurteilt.

„Seidenstraße der Neuzeit“ als direkte Landverbindung nach West-China

Mit rund 46 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe baut die Volksrepublik China im Nachbarland Pakistan die Verkehrsinfrastruktur zwischen dem südpakistanischen Hafen Gwadar am Arabischen Meer und der westchinesischen Region Xinjiang aus, um vor allem die Exporte in den Mittleren Osten und nach Europa abzuwickeln. Der Aufbau einer „neuen Seidenstraße der Neuzeit“ wurde anlässlich eines Staatsbesuchs des chinesischen Präsident Xi Jinping Ende April 2015 bekanntgegeben. Für die pakistanische Regierung steht die bilaterale Kooperation unter einem sehr hohen Erfolgsdruck. Die chinesischen Investitionen in Pakistan übertreffen diejenigen der USA und würden laut Medienberichten auch Sicherheitsfragen umfassen. Der Transportkorridor führt durch Teile Belutschistans, wo sich Separatisten aufhalten und chinesische Projekte wiederholt Ziel von Anschlägen waren (SÜDASIEN berichtete).

Pakistan vollzieht Todesurteile

Seit der Aufhebung des Moratoriums zur Aussetzung der Todesstrafe im Dezember 2014 (SÜDASIEN berichtete) wurden laut BBC-Meldungen in Pakistan mindestens 157 Menschen hingerichtet. Die wenigsten darunter wurden wegen Terror-Verbrechen zum Tode verurteilt. Nach Schätzungen sind momentan rund 8200 Menschen zum Tode verurteilt und warten oft schon seit mehr als zehn Jahren auf die Vollstreckung. Damit gilt Pakistan weltweit als das Land mit den meisten Fällen. Für insgesamt 27 Verbrechen ist die Todesstrafe gesetzlich vorgesehen, darunter Terrorismus, Vergewaltigung und Ehebruch. Schätzungen zufolge wurden auch rund 1000 Minderjährige entgegen internationaler Konventionen zu Tode verurteilt. Die Wiederaufnahme der Todesstrafe wurde international verurteilt. Sie wird zudem als fadenscheinige und hilflose politische Reaktion auf die Taliban-Angriffe des letzten Jahres interpretiert. Wiederholt wird zudem kritisiert, dass Angeklagte zu Unrecht wegen Terror- oder politischer Verbrechen zum Tode verurteilt wurden beziehungsweise dass Geständnisse durch Folter abgerungen wurden. Hin und Her um Schließung des pakistanischen Ablegers von *Save the Children*. Anfang Juni 2015 wurde offiziell verkündet, dass dem pakistanischen Ableger der internationalen Nichtregierungsorganisation (NRO) *Save the Children* wegen staatsgefährdender Aktivitäten auferlegt wurde, innerhalb von 15 Tagen alle Arbeiten in Pakistan einzustellen und alle internationalen Mitarbeiter aus dem Land abziehen. Die Zentrale in der Hauptstadt Islamabad wurde durch Polizeibeamte geschlossen. Am 14. Juli 2015 berichteten Medien jedoch, dass diese Maßnahme wieder zurückgenommen worden sei, ohne dass die Regierung dies weiter begründete. *Save the Children* wird vorgeworfen, an fingierten Impfkampagnen des US-Geheimdienstes CIA beteiligt gewesen zu sein, mit der der Aufenthaltsort von Osama bin-Laden aufgespürt worden sein soll (SÜDASIEN berichtete). Diese Vorwürfe hatte die NRO wiederholt bestritten. Ein Sprecher von *Save the Children* hat die jüngste Regierungsentcheidung zum Widerruf des Verbotes sehr begrüßt. Gegen das Operationsverbot hatte sich die Organisation offiziell auf höchster Ebene verwehrt. Auch die USA drückten ihre Bedenken ausgedrückt. Nach der Verbotsankündigung wurde der pakistanische Innenminister Chaudry Nisar Ali Khan zitiert, die internationalen Hilfsorganisationen hätten ihre Befugnisse wiederholt überschritten und würden mit der Unterstützung der USA, Israels sowie Indiens gegen die Interessen Pakistans agieren. Nationale NRO, welche internationale Gelder erhalten, sollten sich laut Khan vorsehen.

Pakistanisches Unternehmen verkauft Hochschulabschlüsse

Nach Meldungen der *New York Times* von Mitte Mai 2015 wirbt das in Pakistan ansässige Unternehmen *Axact* für diverse fiktive Hochschulen und Online-Kurse mit Bachelor-, Master- und Promotionsabschlüssen. Nach Registrierung und Vertragsabschluss nebst Überweisung der Gebühren werden von dem Unternehmen keine Lehrunterlagen verschickt und Online-Kurse angeboten, sondern ein Abschlusszeugnis ausgestellt. Die „Gebühren“ variieren demnach zwischen rund 350 US-Dollar für ein Abiturzeugnis bis zu und 4000 US-Dollar für einen Dokortitel. Wiederholt seien solche Zeugnisse bei Colleges und Universitäten in den USA als gefälscht abgewiesen worden.

Pakistanisch-chinesischer „Thinktank“ RANDI gegründet

Mit der Abkürzung RANDI wurde Mitte April 2015 im chinesischen Haikou die Gründung des ersten gemeinsamen, bilateralen Thinktanks mit besonderem Fokus auf Wirtschaftsfragen bekannt gegeben. Die Namensgebung orientiert sich am US-Vorbild RAND und heißt mit vollem Namen *Research and Development International*. Damit solle auch die Achse Peking-Islamabad gegenüber dem gemeinsamen Rivalen und Nachbarn Indien gestärkt werden. Insbesondere dort, aber auch in Pakistan hat die Namensgebung jedoch für Spott und höhnische Kommentare gesorgt. Sowohl auf Urdu als auch auf Hindi steht *Randi* als Vokabel für „Hure“. Entsprechend wird diese Verbindung zwischen China und Pakistan als Prostitutionsverhältnis verbalhornt.

Attentat auf Bus mit ismailitischen Passagieren in Karatschi: mindestens 41 Tote

Mitte Mai 2015 beschossen mindestens sechs Bewaffnete in Karatschi einen Bus mit ismailitischen Passagieren. Presseberichten zufolge attackierten sie den Bus zunächst von außen, stürmten ihn dann und begannen, direkt auf die Fahrgäste zu schießen. Einige Quellen berichten, dass dabei vor allem Ismailiten ums Leben kamen. Damit setzte sich der Terror gegen die schiitische Minderheitenbevölkerung – die Ismailiten zählen gemeinhin zur schiitischen Glaubensrichtung des Islams – in Pakistan fort. Die Täter entkamen unerkannt auf Motorrädern und sollen ein Flugblatt hinterlassen haben, auf dem sie sich als „islamische Freiheitskämpfer“ darstellten.